

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

### 1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 15/6409, 15/6877

über Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - BayGVFG)

### 2. Änderungsantrag der Abgeordneten

Dr. Thomas Beyer u.a. SPD

Drs. 15/6564, 15/6877

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (Drs. 15/6409)

### 3. Änderungsantrag der Abgeordneten

Dr. Thomas Beyer u.a. SPD

Drs. 15/6565, 15/6877

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (Drs. 15/6409)

### 4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Drs. 15/6582, 15/6877

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (Drs. 15/6409)

## I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung zum Gesetzentwurf mit der Maßgabe, dass in Art 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. e) die Worte „behinderter und anderer Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung“ durch die Worte „von Menschen mit Behinderungen oder Mobilitätseinschränkungen“ ersetzt werden.

Die Änderungsanträge Drs. 15/6564, 15/6565 und 15/6582 werden zur Ablehnung empfohlen.

Berichterstatter zu 1: **Eberhard Rotter**  
Berichterstatter zu 2,3: **Dr. Thomas Beyer**  
Berichterstatter zu 4: **Dr. Christian Magerl**

Mitberichterstatter zu 1: **Dr. Thomas Beyer**  
Mitberichterstatter zu 2,3,4: **Eberhard Rotter**

## II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 15/6564, 15/6565 und 15/6582 wurden dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss hat eine 1. und 2. Beratung durchgeführt. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit haben den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge mitberaten. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge endberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 15/6564, 15/6565 und 15/6582 in seiner 62. Sitzung am 26. Oktober 2006 in einer 1. Beratung behandelt. Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/6564 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/6565 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/6582 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 15/6564, 15/6565 und 15/6582 in seiner 43. Sitzung am 14. November 2006 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Dem Art. 2 Nr. 1 Buchst. d) werden die Worte „insbesondere in finanzschwachen Kommunen,“ angefügt.
2. In Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. e) wird das Wort „behinderter“ durch die Worte „von Menschen mit Behinderungen“ ersetzt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/6564 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/6565 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/6582 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 15/6564, 15/6565 und 15/6582 in seiner 141. Sitzung am 14. November 2006 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/6564 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/6565 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/6582 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

5. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 15/6564, 15/6565 und 15/6582 in seiner 69. Sitzung am 15. November 2006 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/6564 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/6565 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/6582 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

6. Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 15/6564, 15/6565 und 15/6582 in seiner 63. Sitzung am 16. November 2006 in einer **2. Beratung** behandelt.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs wurde unter teilweiser Berücksichtigung der Stellungnahme des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Ablehnung

mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/6564 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/6565 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/6582 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

7. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge auf Drs. 15/6564, 15/6565 und 15/6582 in seiner 59. Sitzung am 16. November 2006 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses in der Fassung seiner Zweitberatung zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/6564 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/6565 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/6582 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

**Franz Josef Pschierer**  
Vorsitzender